



Newsletter 1/2017



Sehr verehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

Sie lesen den 1. Newsletter des Jahres 2017. Ein spannendes berufspolitisches Wahljahr ist mit der konstituierenden Sitzung der KV-RLP im Januar 2017 zu Ende gegangen. Nun dürfen die Gewählten zeigen, dass Sie Ihre Stimmen verdient haben. In unserem Newsletter dürfen Sie sich auf die Porträts der stellvertretenden Vorstandsmitglieder Dr. Anja Meurer und Dr. Wolfgang Stein freuen. Kollegin Tamm wird MediNetz Koblenz e.V. vorstellen, eine Initiative, die wir sehr loben. Beachten Sie bitte auch die Ausführungen des Jobcenters bezüglich individueller Gesundheitsleistungen für Flüchtlinge. Wir appellieren hier an ihre Sensibilität. Von mir ein paar Worte zu unserem Arbeitskreis „Ärztliche Versorgung im Kammerbereich Koblenz“. Elternzeit und Fortbildungspunkte. Kann das zu Problemen führen? Herr Kicker und Frau Best beantworten die Frage. Die Übergangsbestimmungen der Fachkunde Geriatrie enden zum 31.12.2017. Was ist zu beachten? Mehr dazu finden Sie ganz hinten im Newsletter. Gerne möchte ich zudem auf den Flyer „Wege aus der Gewalt“ hinweisen, der diesem Newsletter angefügt ist.

Soviel für heute. Erfreuen Sie sich an schönen Frühlingstagen und an einem schönen Osterfest und bleiben Sie uns verbunden.

Herzlichst

Ihr Karlheinz Kurfeß

Interview mit dem stellvertretenden Vorstandsmitglied der Bezirksärztekammer Koblenz, Dr. Anja Meurer:



„Die Verteidigung menschlicher Werte sollte ein Grundelement ärztlichen Handelns sein“

„Salus aegroti“ – zum Wohl des Patienten: Diesem Leitgedanken hat sich Dr. Anja Meurer nicht nur in ihrer Tätigkeit als Hausärztin, sondern auch in ihrem berufspolitischen Engagement verschrieben. Zugleich setzt sie sich als Kreisobfrau in Neuwied und Vertreterin der Vertreterversammlung der Bezirksärztekammer Koblenz, der sie in zweiter Periode angehört, für die unterschiedlichen Belange der Ärzteschaft ein. Als „Netzwerkerin“ an der Basis ist sie Bindeglied zwischen Kammer und Kollegen sowie Patienten und Öffentlichkeit. Die Newsletter-Redaktion sprach mit der Ärztin und zweifachen Mutter, die seit 1996 in eigener Praxis niedergelassen ist, als stellvertretendes Vorstandsmitglied der Bezirksärztekammer Koblenz:

Newsletter-Redaktion: Frau Dr. Meurer, Sie sind in verschiedene berufspolitische Gremien eingebunden. Beginnen wir mit Ihrer Funktion als Kreisobfrau der Kreisärzteschaft Neuwied. Was beinhaltet diese Aufgabe?

Dr. Meurer: Kreisobleute sind sozusagen Vorsitzende einer Kreisärzteschaft, welche der kleinsten Untereinheit der Kammer vor Ort entspricht. Eine ganz spannende Aufgabe, wie ich finde, weil man ganz nah an den Ärzten und den Patienten dran ist und mit ganz unterschiedlichen Themen zu tun hat. So bin ich für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort Ansprechpartnerin, wenn es um berufsständische Fragen, berufliche Hilfestellungen oder Probleme geht. Dieser Kontakt ist sehr rege, was sicherlich damit zusammenhängt, dass ich auch stellvertretende Leiterin der Bereitschaftsdienstzentrale Neuwied bin; insofern kennt man sich und ist miteinander im Gespräch und so ergeben sich die unterschiedlichsten Fragen: Ob man vielleicht einen Kollegen kennt, der als Nachfolger für die Praxis in Frage kommt? Oder ein Arzt hat Probleme mit der Krankenkasse, die sich bei einer Sache komisch verhält. Ich versuche dann abzuklären, wo man nachhaken könnte, welche Hilfestellung und Tipps weiterhelfen oder wen ich da mit wem in Kontakt bringen kann. Durch dieses Networking lassen sich Dinge oft auf kurzen Wegen klären.

...und wie sieht die Patientenarbeit als Kreisobfrau aus?

Dr. Meurer: Dass Patienten in die Arbeit der Kreisärzteschaft stärker mit einbezogen werden, war mir sehr wichtig. Zu den Aufgaben, die zusammen mit der Ärztekammer und Herrn Quednow als ihr Justitiar definiert wurden, gehören unter anderem die Gesundheitsaufklärung, die Förderung der Gesundheitserhaltung sowie die Förderung der Qualität der Gesundheitsversorgung.

Wichtiger Bestandteil dieser Arbeit ist zum Beispiel der Patientenstammtisch, den es seit ca. 10 Jahren in Neuwied gibt und der ganz unterschiedliche Themen rund um die Medizin aufgreift. Die Öffentlichkeit aufzuklären, halte ich für sehr wichtig. Insofern stehe ich auch der Presse für medizinische und gesundheitspolitische Anfragen zur Verfügung und sehe mich da als Bindeglied zwischen der Ärzteschaft und der Öffentlichkeit.

Newsletter-Redaktion: Sie sind außerdem im Vorstand des Kreisgesundheitsforums e.V. Neuwied. Steht diese Arbeit im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit als Kreisobfrau?

Dr. Meurer: Es handelt sich hier um ein lokales Netzwerk, das sich für die langfristige Sicherung der flächendeckenden medizinischen Grundversorgung in der Region Neuwied stark macht. Die Verantwortlichen beim Kreis – und hier war ich als Kreisobfrau für die Ärztekammer von Anfang an mit dabei – haben sich gemeinsam mit der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. bereits seit 2012 Gedanken gemacht, welche Projekte entwickelt und umgesetzt werden können, um trotz des demografischen Wandels und schließender Arztpraxen die Versorgung zu sichern.

Ich finde es gut, dass sich hier ganz verschiedene Akteure wie Kreis- und Kommunalpolitiker, Ärztevertreter, Unternehmer, Bürger, Patienten und viele andere gemeinsam für die Gesundheitsversorgung auf lokaler Ebene engagieren. Ich finde es auch wichtig, dass die Ärztekammer solche Projekte an der Basis mit entwickelt und ihr Know-how einbringt, wenn es zum Beispiel um innovative Versorgungsmodelle oder um Präventionsangebote für die Bevölkerung geht. Als Kreisobfrau sehe ich mich hier als Bindeglied zwischen Kammer und Kommune bzw. Kreis. Diese Arbeit ist letztendlich auch wiederum verknüpft mit der Arbeit der Kreisärzteschaft und dem Patientenstammtisch.

Newsletter-Redaktion: Es gibt noch weitere Aufgaben, die Sie für die Kammer als Mitglied der Vertreterversammlung wahrnehmen. Welche sind das?

Dr. Meurer: Als Vertreterin der VV gehöre ich verschiedenen Ausschüssen an: So arbeite ich im Beitragsausschuss, im Landeskrankenhausplanungsausschuss und im Finanzprüfungsausschuss mit und gehöre dem Arbeitskreis Gesundheitsversorgung und Öffentlichkeitsarbeit an. Als stellvertretendes Vorstandsmitglied verrete ich Herrn Schnellbacher.

Newsletter-Redaktion: Als wir gemeinsam nach einem Termin für dieses Interview gesucht haben, wurde deutlich, wie sehr Sie in Ihren Beruf und berufspolitische Aktivitäten zeitlich eingespannt sind. Gibt es eine innere Triebfeder, die Sie da antreibt?

Dr. Meurer: Die Urmotivation Medizin zu studieren, war, Krankheit und Tod zu verhindern. Klingt jetzt vielleicht komisch. Ganz am Anfang meiner Niederlassungszeit hat Professor Feurle mal eine Gruppe ins Leben gerufen, die nannte er „Salus aegroti“ – zum Wohl des Kranken. Dies habe ich jetzt auch mal wieder an meine Wand geheftet. Manche Patienten fragen da schon mal nach: Ist das eine Sekte? Ich sag dann immer, da steht nicht „Euro“ und da steht nicht „AOK“. Ich finde, man sollte immer schauen, dass es dem Patienten nützt und nicht schadet. Es muss aber auch gewährleistet sein, dass die Bedingungen für den Arzt stimmen. Und da sind wir wieder bei der Berufspolitik. Für mich bedeutet das: Die Umfeldbedingungen für Ärzte aktiv mitgestalten und sich für eine gute Patientenversorgung einsetzen.

Newsletter-Redaktion: Was kann die Kammerarbeit aus Ihrer Sicht da bewirken?

Dr. Meurer: Ein wichtiger Teil der Kammerarbeit ist, das Berufsbild des Arztes nach außen zu vertreten. Dazu gehört, gesundheitspolitische Themen im Rahmen der ärztlichen Selbstverwaltung mit zu entwickeln und bestimmte Standards zu formulieren. Wann ist zum Beispiel die Ethik, wann die Monetik im Vordergrund? Diese Abgrenzung ist ganz wichtig. Das selbstständige Arbeiten muss weiterhin möglich sein. Ich glaube – und das mag provokant klingen – , nur der kleine selbstständige „Tante-Emma-Arzt“ kann mit reinem Gewissen mit dem Patienten aushandeln, was ihm nützt. Wenn wir zunehmend Versorgungs-Ketten haben, die als Portfolio etwas Kommerzielles anbieten, dann wird da irgendwann auch die Moral darunter leiden. Denn es zeigt sich in vielen Bereichen, dass es keinen mündigen Patienten gibt, weil er nicht genug über Gesundheitsfragen Bescheid weiß, um für sich alleine entscheiden zu können.

Newsletter-Redaktion: In der Kammer und in der Berufspolitik allgemein sind Frauen eher unterrepräsentiert. Glauben Sie, dass die Themen anders aussähen, wenn sich hier mehr Frauen engagieren würden?

Dr. Meurer: Ich selbst war am Übergang der Generation, wo es selbstverständlich war, dass der Doktor ein Herr Doktor war. Wir haben heute einen sehr hohen Frauenanteil in der Medizin. Dennoch brauchen junge Frauen berufspolitisch betrachtet aus meiner Sicht keine besondere flankierende Begleitung. Entscheidend ist nicht, dass man die Frauen unterstützt, sondern dass man die junge Generation unterstützt, denn diese hat ähnliche Ziele. Junge Medizinerinnen und Mediziner haben heute eine andere Arbeitsauffassung, wie immer man das sehen mag. Ob man sich mehr kasteit oder ob man eben auch ein schönes Leben hat - das sind so die zwei Welten. Frauenspezifisch wird es dann, wenn man das Kinderkriegen mit reinbringt. Als Selbstständige in eigener Praxis ist das wirklich schwierig. Da kann es durchaus finanzielle Durststrecken geben. Und die Kinderbetreuung, so war es zu meiner Zeit, war ein wirklich schwieriges Thema. Das hat mich viele graue Haare gekostet.

Newsletter-Redaktion: Arztberuf und Familie - wie kann eine Unterstützung aus Ihrer Sicht aussehen, um das in Einklang zu bringen?

Dr. Meurer: Ich denke, dass es ganz praktische Dinge sind. Jede Klinik, die medizinischen und ärztlichen Nachwuchs braucht, sollte so etwas wie einen Firmenkindergarten anbieten. Und es müssen Arbeitszeitmodelle gefunden werden, die eine gewisse Zuverlässigkeit schaffen. Insgesamt müssen die Ärzte mehr miteinander kooperieren, füreinander einspringen, Aufgaben delegieren oder andere miteinbeziehen. Dies passiert noch viel zu wenig. Im niedergelassenen Bereich ist es ähnlich.

In Neuwied haben wir einen Hausarztstammtisch, wo wir uns fast jeden zweiten Dienstag im Monat treffen. Dabei werden Themen besprochen, die einem die Arbeit in der Praxis erleichtern. Zum Beispiel: Kennt jemand eine Helferin, die eine Stelle sucht? Wie handhabt ihr das mit der neuen Ziffer, die eingeführt wurde? Oder: Was ändert sich durch das neue Patientenrechtegesetz? Über die persönliche Schiene lässt sich vieles klären. Wir müssen weg vom Einzelkämpfer. Das macht das Leben als Arzt einfacher.

Newsletter-Redaktion: Könnte oder sollte die Ärztekammer noch mehr Unterstützung für ihre Mitglieder bieten?

Dr. Meurer: Ich bin schon ganz zufrieden, was wir in der Ärztekammer erreichen. Als ärztliche Selbstverwaltung muss sich die Kammer natürlich zu einem großen Teil um verwaltungstechnische Dinge kümmern. Wichtig ist, dass diese Dinge laufen, die die Kammer per Gesetz erfüllen muss.

Darüber hinaus würde ich mir aber durchaus noch Themen wünschen, die nah an den täglichen Erfordernissen der Ärzte dran sind. Zum Beispiel gab es mal eine Fortbildungsserie zum Thema Burn-out. Oder die persönliche Vorsorge für den Praxisinhaber wäre so ein Thema. Wenn mir beispielsweise etwas passieren würde, wäre mein Mann völlig überfordert, weil er gar nicht weiß, was an einer Praxis alles dran hängt. Man sollte eventuell noch einmal eine Sammlung von Themen machen, die für die Mitglieder wichtig sind. Das müsste man sich dann noch einmal genauer anschauen, was davon umgesetzt werden kann.

Newsletter-Redaktion: Wie können jüngere Kolleginnen und Kollegen in die Berufspolitik nachwachsen?

Dr. Meurer: Ich glaube, dass die nachfolgende Generation sehr genau weiß, was sie will und was sie nicht will. Aber ich glaube, dass sich viele nicht vorstellen können, dass sich der Status quo zum Nachteiligen verändern kann. So wie ich die Demokratie und den Frieden gefährdet sehe, so ähnlich denke ich mir, sollte man den jungen Leuten klar machen, dass das, was wir haben, keine Selbstverständlichkeit ist. Wir müssen um jedes Fitzelchen kämpfen. Und so müssen wir auch um eine Institution wie die Ärztekammer kämpfen, dass diese hinter den Kulissen bei den Politikern geschlossen auftreten kann. Das sollten wir uns nicht nehmen lassen, denn das ist eine wichtige Sache, die vollkommen unterschätzt wird.

Newsletter-Redaktion: Geht die junge Generation aus Ihrer Sicht zu „locker“ mit Problemen um?

Dr. Meurer: Mediziner werden heute gesucht, sie können sich die Stellen aussuchen. Wenn es mir an einer Klinik nicht passt, wenn Druck aufgebaut wird, habe ich die Wahl. Hier mag so ein bisschen die Einstellung vorherrschen: Ich muss das nicht machen.

Generell glaube ich, dass die jungen Ärzte mit vielen Einschränkungen gar nicht so ein Problem haben. Das liegt sicherlich auch daran, dass der Patient insgesamt an Stellenwert verloren hat. Der Patient ist immer mehr Kunde oder auch Ware und immer weniger hilfebedürftiger Patient.

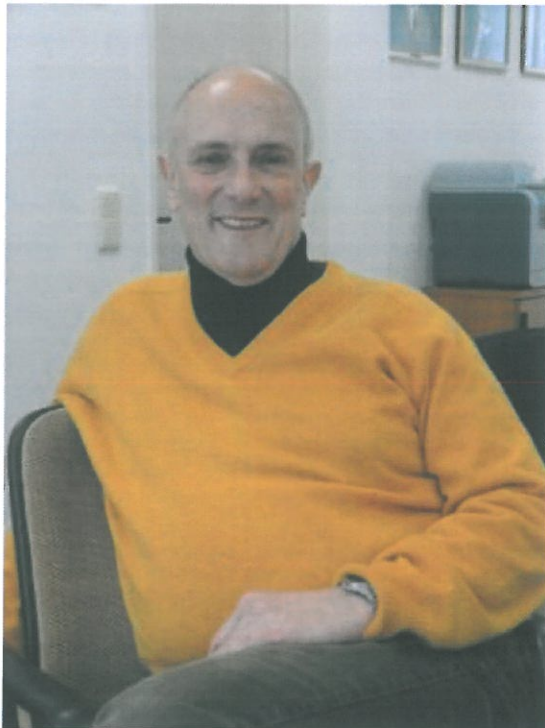
Doch die grundsätzliche Verteidigung menschlicher Werte ist ganz wichtig. Sie sollte ein Grundelement ärztlichen Handelns sein.

Newsletter-Redaktion: Wir haben viel über ihr berufliches und berufspolitisches Engagement in diesem Interview erfahren. Gibt es Hobbies, für die Sie nach „Dienstschluss“ noch Muse finden?

Dr. Meurer: Das ist der Garten. Ich bin keine begnadete Gärtnerin, aber als Kind hat mich schon interessiert, für was welches Heilkraut gut ist. Es sind die Randbereiche der Medizin, die mit der Natur verbunden sind, die mich interessieren. Außerdem koche ich gerne, gehe gerne gut essen und nehm' auch schon mal die Stricknadeln zur Hand.

Frau Dr. Meurer, herzlichen Dank für dieses Gespräch!

Interview mit dem stellvertretenden Vorstandsmitglied der Bezirksärztekammer Koblenz, Dr. Wolfgang Stein:



„Berufliche Mitbestimmung muss immer wieder neu gelebt und erkämpft werden. Kammerarbeit ist deshalb etwas zutiefst Demokratisches“

Seit 2001 engagiert sich Dr. Wolfgang Stein in der Vertreterversammlung der Bezirksärztekammer Koblenz für die berufspolitischen Belange der Ärzteschaft. Sein besonderes Interesse gilt dabei der ärztlichen Weiterbildung. Ein Thema, dem sich der Neurologe und Psychiater sowohl im Weiterbildungsausschuss der Ärztekammer Koblenz als auch bei der Landesärztekammer Mainz mit Leidenschaft widmet. Für den 63-Jährigen umfasst das berufspolitische Spektrum aber auch Themen wie Überforderungen und Ungerechtigkeiten im Beruf sowie das Einstehen für größtmögliche Transparenz. Die Newsletter-Redaktion sprach mit dem stellvertretenden Vorstandsmitglied:

Newsletter-Redaktion: Herr Dr. Stein, Sie engagieren sich als ständiges Mitglied seit mehr als 15 Jahren in der Bezirksärztekammer Koblenz. Gab es so etwas wie ein Schlüsselerlebnis, das Sie in die Berufspolitik führte?

Dr. Stein: Ich war schon immer sehr stark an gesellschaftlichen Entwicklungen und Gerechtigkeitsfragen interessiert. Als ich 1979 als Arzt anfang, habe ich sehr schnell gemerkt, dass zwischen dem Anspruch an die Gesundheitsversorgung und den vorhandenen medizinischen Möglichkeiten einerseits und dem, was an Ressourcen andererseits zur Verfügung stand, eine Riesenlücke klaffte. Dies wurde schon damals auch auf dem Rücken der Ärzte und der im Gesundheitswesen Arbeitenden ausgetragen. So war es zum Beispiel nicht ungewöhnlich, dass man bis zu 80 Stunden am Stück Schicht gearbeitet hat. Das habe ich als ungerecht und gefährlich empfunden. Ein weiteres Schlüsselerlebnis war, wenn man so will, dass der Chefarzt für sein Dienstzimmer damals an den Träger Miete bezahlen musste. Das fand ich ziemlich unglaublich.

Newsletter-Redaktion: Führte der berufspolitische Weg direkt in die Ärztekammer?

Dr. Stein: In dieser Situation, die ich eben geschildert habe, kam ein Vertreter des Marburger Bundes und meinte: „Wollt ihr nicht mal etwas gegen diese Arbeitsbedingungen tun?“ Mit dem Marburger Bund, dem ich mich dann angeschlossen habe, konnten wir an dieser Klinik zum ersten Mal einen Freizeitausgleich für Überstunden durchsetzen. Mir persönlich brachte der Einsatz für Freizeitausgleich an einer späteren Arbeitsstelle eine Abmahnung ein, die dann wieder zurückgenommen werden musste. Es hat immerhin noch gut 20 Jahre gedauert, bis der

Freizeitausgleich für Ärzte besser geregelt wurde. Durch meine Arbeit für den Marburger Bund bin ich dann relativ schnell über die Listenaufstellung zur Ärztekammer gekommen.

Newsletter-Redaktion: Unterscheidet sich die Berufspolitik für den Marburger Bund von der Berufspolitik für die Ärztekammer?

Dr. Stein: Mein Grund in die Berufspolitik zu gehen, war ganz klar: Aufopferungsvoller Einsatz im Beruf ja, auch entsprechend dem hippokratischen Eid – jedoch kein Märtyrertum. Bei aller Schönheit, die dieser Beruf bietet, bei all seinen höchst befriedigenden Möglichkeiten und bei allen sehr zu begrüßenden medizinischen Fortschritten sehe ich meine Aufgabe im Marburger Bund genauso wie in der Kammer, gerade deswegen und zum Wohle der Patienten, gegen Ungerechtigkeiten und Überforderungen und für diesbezügliche Transparenz einzustehen. Dafür lohnt es sich, jeden Tag aufs Neue zu kämpfen.

Newsletter-Redaktion: Worin liegen aus Ihrer Sicht die Ursachen von Ungerechtigkeit und Überforderung im Gesundheitswesen begründet?

Dr. Stein: Letztendlich sind es der Anspruch der Gesellschaft sowie der Wissenschaft einerseits und die zur Verfügung gestellten Ressourcen andererseits, die auseinander klaffen: Wir haben tolle Möglichkeiten und sollen und wollen diese auch umsetzen, doch die Ressourcen kommen dem nicht hinterher. Man kann immer noch rationalisieren, aber sicherlich nicht mehr, indem man Personal einspart und dieses noch schneller arbeiten lässt. Das zeigt sich sehr deutlich im Pflegebereich. Dort hat man abgebaut und abgebaut und jetzt beschwert man sich, wenn eine Mitarbeiterin nachts für viel zu viele Patienten in ihrem Bereich zuständig ist.

Newsletter-Redaktion: Ist die Kammer Ihrer Meinung nach zeitnah an berufs-politischen Themen dran?

Dr. Stein: Im Umfang ihres Aufgabenbereichs nach dem Heilberufegesetz – ja. Im Rahmen dieses Kompetenzbereichs kann man aber nur sehr begrenzt zum Beispiel die Gesetzgebung in Berlin oder auch im Land beeinflussen. Die Möglichkeiten der Bezirksärztekammer sind hier noch einmal eingeschränkter. Zum Beispiel ein neues Heilberufegesetz, das läuft weitgehend über andere, überbezirkliche Schienen. Das ist als Aufgabe für die Bezirksärztekammer auch gar nicht vorgesehen. Ich bin persönlich davon überzeugt, dass die Kammer wesentlich mehr Arbeit leistet, als von den Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen wird. Oft im Kleinen, aber auch im Großen. Und ich habe in der derzeitigen Zusammensetzung der Kammer – und das gilt mindestens für die letzten drei Sitzungsperioden - besonders stark erlebt, dass das Wohlergehen der Kolleginnen und Kollegen im Auge behalten wird. Dabei ist die Art der Zusammenarbeit unter den Kolleginnen und Kollegen in der Kammer, gerade hier in Koblenz - der Umgangston miteinander, das gegenseitige Verständnis bei verschiedenen Meinungen - vorbildlich. Und das hat nichts mit unter den Tisch-kehren oder Konflikte-aussitzen zu tun. Man kann es vielleicht ganz treffend mit den Worten von Karl Jaspers ausdrücken: Es ist ein liebevoller Kampf.

Newsletter-Redaktion: Kommen wir zu Ihrer Arbeit im Weiterbildungsausschuss der Ärztekammer. Was beinhaltet diese Aufgabe?

Dr. Stein: Die Überwachung einer geregelten ärztlichen Weiterbildung ist eine Kernaufgabe der Ärztekammern. Die Weiterbildungsausschüsse der Bezirks- und Landesärztekammern bereiten beratend für die jeweiligen Vorstände vor. Es geht zum Beispiel um die Prüfungszulassung für den Erwerb einer Facharzt-, Schwerpunkt- oder Zusatzbezeichnung. Sie nehmen Stellung zur Anerkennung von Weiterbildungszeiten und zur Erteilung von Weiterbildungsbefugnissen.

Dies ist insofern zunehmend intensive Arbeit, weil das Weiterbildungsrecht - und das wird unzutreffenderweise leider uns zum Teil angelastet – aus meiner Sicht außerordentlich verkompliziert worden ist. Als ich vor mehr als 35 Jahren mit meiner Weiterbildung angefangen habe, war die Weiterbildungsordnung vom Format eines DIN-A 5 Schulheftes; heute ist das eine Kladde von zwei bis drei Zentimetern Dicke im DIN-A 4-Format. Die Bestimmungen, die da festgehalten sind und die wir auf Bezirks- oder Landesebene leider nicht wesentlich beeinflussen können, umfassen mittlerweile ein Vielfaches. Diese Kompliziertheit merken die Kolleginnen und Kollegen, unter anderem sind manche Inhalte schwierig zu erfüllen.

Newsletter-Redaktion: Wie wirkt sich das auf die Arbeit im Weiterbildungsausschuss aus?

Dr. Stein: Nehmen wir ein Beispiel: Eine Kollegin mittleren Alters hat Fragen, wie die Weiterbildungsbausteine, die sie vor ihrer Kindererziehung erworben hat, in einen Facharzt eingebracht werden können. Es liegen dann nur unvollständig auf das jetzige Weiterbildungsrecht bezogene Zeugnisse vor und die Frage ist, was an Weiterbildungszeiten und -inhalten anerkannt werden kann. Da gilt es einerseits auf eine saubere, bestimmungskonforme und fachlich einwandfreie Weiterbildung zu achten und gleichzeitig dem wohlverstandenen Interesse der Betroffenen in ihrer jetzigen Weiterbildungssituation gerecht zu werden. Und da reißen wir uns manchmal ein Bein aus. Wir versuchen Wege aufzuzeigen und zu eröffnen, welche zur Anerkennung der Weiterbildung führen. Wir sehen uns da als Brückenbauer für die Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, dieses Bild trifft es ganz gut. Im Vordergrund steht immer das Bestreben, Konflikte zu klären und sich auftuende Fragen wohlwollend zu klären.

Newsletter-Redaktion: Denken Sie, dass dieses Engagement auch gesehen wird?

Dr. Stein: Ob dies von den Kolleginnen und Kollegen gesehen wird, das kann ich nicht so beurteilen. Aber ich mache diese Arbeit auch sehr gerne, weil ich den Eindruck habe, dass sich im Weiterbildungsausschuss ein Stück weit Menschen sammeln, die, trotz ihrer zum Teil extrem hohen beruflichen Belastung, sich mit außerordentlichem Engagement, Sachkenntnis und mit Zugewandtheit einsetzen. So erlebe ich die Zusammenarbeit. Im Weiterbildungsausschuss stapeln sich die Akten, die es in einer Sitzung zu bearbeiten gibt, schon mal bis zu einem knappen Meter und man kommt erst um 22 oder 23 Uhr nach Hause. Die Belohnung hierfür ist für mich die Art der Zusammenarbeit, sachbezogen und in gegenseitiger Wertschätzung.

Newsletter-Redaktion: Gibt es dennoch einen Wunsch an die Arbeit im Weiterbildungsausschuss?

Dr. Stein: Grundsätzlich wäre mein Wunsch, dass wir wieder zu einer einfacheren Weiterbildungsordnung zurückkehren, wo Zusatzqualifikationen lebenslang berufsbegleitend erworben werden können. Aber dies können wir auf Bezirks- oder Landesebene leider nicht mitentscheiden.

Mein Wunsch wäre deshalb auch, dass der Informationsfluss aus den Weiterbildungsausschüssen zur Bundesärztekammer zugunsten einer optimierten Weiterbildungsordnung verbessert wird. Zum Beispiel über ein einfaches Meldesystem nach dem Muster: Wir haben diese und jene Erfahrungen gemacht und möchten dieses Know-how für die Weiterentwicklung einer bundesweiten Musterweiterbildungsordnung zur Verfügung stellen.

Newsletter-Redaktion: Was ist aus Ihrer Sicht ein überzeugendes Argument, warum sich Ärzte in der Kammer engagieren sollten?

Dr. Stein: Weil berufliche Mitbestimmung immer neu gelebt und erkämpft werden muss und die Kammerarbeit etwas zutiefst Demokratisches ist. Mit den Kammern, den Körperschaften des öffentlichen Rechts, haben wir relativ viel Mitgestaltungsmöglichkeit. Die Kammerarbeit ist geeignet, die Rechte und Interessen unserer Patienten und von uns Ärzten zu erhalten, zu schützen sowie die Bedingungen und das Arbeitsfeld für uns als dort arbeitende Ärzte zu verbessern.

Jetzt sind wir wieder beim Gedanken der Gerechtigkeit vom Anfang. Ich würde den Kolleginnen und Kollegen gerne raten: Bleibt aufmerksam und setzt euch für eure Rechte und die Rechte der Patienten ein, auch wenn ihr höchst beansprucht seid. Auch und gerade dann!

In diesem Zusammenhang halte ich die Bezirksärztekammern für absolut wichtig, damit sich in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz auch ein Arzt in Altenkirchen oder Bad Neuenahr berufspolitisch engagieren kann. Nur durch die Bezirksärztekammern lässt sich da eine bestimmte Nähe halten. Ich glaube nicht, dass die modernen Medien mit Facetime oder ähnlichem dies komplett ersetzen können.

Newsletter-Redaktion: Haben Sie ein Rezept, was junge Kolleginnen und Kollegen reizen könnte, sich in der Berufspolitik zu engagieren?

Dr. Stein: Das wichtigste Rezept ist, und das versucht der derzeitige Vorstand und das versucht vor allem auch Dr. Kurfeß, Transparenz herzustellen. Weg von einem Image, dass hier vor allem persönliche Interessen vertreten werden. Transparenz und Offenheit – das ist das Wichtigste und daran wird gearbeitet.

Newsletter-Redaktion: Am Ende des Interviews möchten wir gerne noch etwas über die Privatperson Dr. Stein erfahren. Gibt es Hobbies und Leidenschaften außerhalb des Berufs und der Berufspolitik?

Dr. Stein: Zu kurz kommt leider der Sport. Etwas mehr Zeit habe ich für den Garten und ein neues Hobby ist hier das Gewächshaus. Eine weitere Leidenschaft sind meine zwei Enkelsöhne. Ich liebe Kinder und würde gerne Zeit haben, mit diesen noch viele Erfahrungen zu teilen. Außerdem interessiere ich mich für Politik und Umweltschutz und finde dabei das Thema Geld- und Volkswirtschaft hoch spannend. Dies würde ich möglicherweise sogar gerne nochmal studieren.

Herr Dr. Stein, herzlichen Dank für das Gespräch.

MediNetz Koblenz e.V.



Wo ist der Bedarf?

Der Zugang zu medizinischer Versorgung in Deutschland ist für bestimmte Personengruppen nicht einfach. Flüchtlinge, die aus Angst vor Abschiebung untergetaucht sind, lassen sich oft nicht behandeln, weil sie fürchten, entdeckt zu werden. EU-Bürger aus Südosteuropa, besonders aus Rumänien und Bulgarien, dürfen sich zur Suche nach Arbeit einige Monate hier aufhalten, sind aber oft nicht krankenversichert. Im Bereich der Obdachlosen gibt es Menschen, die keinerlei Sozialleistungen beantragen und deshalb aus der Krankenversicherung herausfallen. Der mögliche Wiedereintritt ist u. U. mit hohen Kosten verbunden. Auch scheuen manche Obdachlose den Gang zum Arzt, weil sie sich schämen. Nicht zuletzt haben Flüchtlinge, die noch unter die Beschränkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes fallen, gelegentlich Probleme, bestimmte Behandlungen zu erhalten, manchmal einfach deshalb, weil sie das System nicht genau genug kennen.

Der Verein

Im August 2016 hat sich der Verein MediNetz Koblenz e.V. gegründet (inzwischen als gemeinnützig anerkannter Verein), der zum Ziel hat, die gesundheitliche Situation von Menschen ohne (oder ohne ausreichende) Krankenversicherung in und um Koblenz zu verbessern.

Dazu ist eine Sprechstunde eingerichtet worden, die vorläufig einmal monatlich (am ersten Dienstag jedes Monats) in den Räumen der Caritas in der Neustadt 20 stattfindet. Dort können Menschen, die nicht krankenversichert sind, vorsprechen und es wird nach einer Behandlungsmöglichkeit gesucht. Das kann vor Ort geschehen (in der Regel ist ein Arzt oder eine Ärztin präsent) oder es wird in kooperierende Praxen niedergelassener Ärzte bzw. Zahnärzte vermittelt. Darüber hinaus gibt es ein Handy, das mindestens täglich abgefragt wird und eine Homepage und einen Facebook-Auftritt, über die sich Hilfesuchende an MediNetz wenden können.

Der Verein hat sich aus dem Kreis der Ärztinnen und Ärzte gebildet, die in der Erstaufnahme für Flüchtlinge des Landes in der Sporthalle der Landesschule für Feuerwehr und Katastrophenschutz auf dem Asterstein ehrenamtlich tätig waren.

MediNetze oder MediBüros gibt es in über 30 deutschen Städten, meist werden sie von Medizinstudentinnen und -studenten betrieben.

Bisherige Arbeit

In den fünf Monaten des Bestehens des Vereins in 2016 – und die Arbeit steht noch ganz am Anfang – sind bereits 23 Menschen mit Hilfeersuchen zu uns gekommen. Manches Mal kamen nicht die Patienten selbst, sondern Ehrenamtliche, die Flüchtlinge betreuen, fragten um Hilfe. In einem Teil der Fälle ging es nur um Beratung (z. B. bei seltenen und komplizierten Erkrankungen, bei abgelehnten Anträgen auf Behandlung etc.), in anderen um die Vermittlung einer Behandlung bis hin zu Schwangerschaftsbetreuung und Geburt sowie Nachsorge.

Alle Vereinsmitglieder (inzwischen über 30) sowie die kooperierenden Praxen arbeiten ehrenamtlich. Die Hälfte der Mitglieder sind Ärztinnen und Ärzte, die anderen Krankenschwestern, Dolmetscher, Sozialarbeiter usw..

Kooperationen/Vernetzung

Wenn Patienten auch unentgeltlich behandelt werden, so fallen doch Kosten an. Routine-Labor-Untersuchungen macht das Labor Koblenz dankenswerterweise für MediNetz Koblenz umsonst. Andere Untersuchungen nach Absprache auch.

Medikamente bekommt man nicht so einfach umsonst. Deshalb wird für Arzneimittelbehandlungen in der Regel eine Bezahlung nötig. Auch aufwändigere Behandlungen können notwendig werden, z. B. bei chronischen Erkrankungen. Viele der Patienten sind Migranten, die noch nicht lange in Deutschland sind und infolgedessen noch nicht oder nicht gut deutsch sprechen. Wir versuchen, in diesen Fällen Dolmetscher zu finden.

Eine enge Kooperation besteht einerseits innerhalb des "medizinischen Systems" mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, der Bezirksärztekammer Koblenz, Therapeutinnen und Therapeuten, Krankenhäusern, Apotheken und nicht zuletzt dem Labor Koblenz, andererseits aber auch mit vielen Organisationen, die im sozialen und Migrationsbereich tätig sind, wie Caritas, Refugees in Koblenz, die Schachtel, DRK, Malteser Hilfsdienst, Diakonie, AWO, SKF, Ein Licht für Koblenz, und andere. Ebenso besteht Kontakt zu "runden Tischen" in Stadt und Kreis sowie zu Behörden (z. B. Sozialamt, Gesundheitsamt).

Gern kommt ein MediNetz-Mitarbeiter in Ihre Praxis, um in einem persönlichen Gespräch offene Fragen zu klären, bitte sprechen Sie uns an:

Email: medinetz-koblenz@web.de oder info@medinetz-koblenz.org

Telefon: 017629155642 (nicht ständig besetzt, aber Rückruf folgt)

Wie das konkret abläuft?



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn Sie sich zu einer Zusammenarbeit mit **MediNetz Koblenz** entschließen, läuft eine Patientenbetreuung üblicherweise folgendermaßen ab:

- zunächst kommt ein **Anruf von einem MediNetz-Mitarbeiter** mit der Frage, ob zu diesem Zeitpunkt die Behandlung des Patienten in der Praxis möglich ist oder nicht (z. B. bei Überlastung der Praxis)
- wenn eine Behandlung möglich ist, wird ein **Termin vereinbart**. Es werden Informationen zum Patienten gegeben (soweit vorhanden) oder noch vor dem Termin an die Praxis weiter gegeben. Diese Informationen können sich sowohl auf die Erkrankung als auch auf den aufenthaltsrechtlichen Status beziehen
- ferner wird ein **MediNetz-Ansprechpartner mit Kontaktdaten** benannt
- zum angegebenen Termin kommt der **Patient** und ggf. versuchen wir auch, einen **Dolmetscher** mitzuschicken
- Für **Rückfragen** steht der benannte Ansprechpartner zur Verfügung
- **Laborleistungen** können über das Labor Koblenz (freundlicherweise ohne Berechnung) in Anspruch genommen werden. Als Kostenträger bitte eintragen: "MediNetz Koblenz – bitte ohne Berechnung". Sehr teure Untersuchungen (z. B. Quantiferon-Test) können nur nach Absprache durchgeführt werden, insgesamt bitten wir, auf ein wirtschaftliches Verhalten zu achten.
- Bei der Notwendigkeit einer **Medikamentenverordnung** bitte ebenfalls Kontaktaufnahme mit dem **MediNetz-Ansprechpartner**, damit mit dem Patienten geklärt werden kann, wie das Medikament finanziert wird. (Privatrezept)
- **Folgetermine** bitte ebenfalls mitteilen, wir bemühen uns, die Patienten auf möglichst viele Praxen zu verteilen, das kann aber nur gelingen, wenn auch die Folgetermine bekannt sind.
- Es besteht die Möglichkeit, über das entgangene Honorar als sog. "**abgekürzte Barspende**" eine Spendenquittung auszustellen.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit
Das **MediNetz-Koblenz-Team**

Keine Ärzte mehr im Kammerbereich Koblenz?

Nein, ganz so schlimm wird es nicht kommen. Aber wir müssen uns angesichts der demographischen Entwicklung Gedanken machen, wir müssen die Situation analysieren und Lösungen erarbeiten. Da diese Lösungen für jede Region anders aussehen können macht es Sinn, hier auch kleinteilig zu agieren. Alle Fraktionen der Bezirksärztekammer nehmen an einem Arbeitskreis zur ärztlichen Versorgung im Kammerbereich Koblenz teil. Wir suchen fraktionsübergreifend nach Lösungen und werden bis zum Ende des Jahres auch öffentlichkeitswirksam unsere Ideen diskutieren. Die Ideen, die Sie, unsere Kammermitglieder haben, werden wir dabei gerne einarbeiten. Unsere Nähe zur KV- RLP wird uns dabei auch von Vorteil sein. Wir wollen unter allen Umständen verhindern, dass andere unsere Probleme lösen. In diesem Sinn hoffen wir auf Ihre Unterstützung per Gespräch, Mail oder Diskussionsbeitrag in unseren Gremien.

Karlheinz Kurfeß

Fachkunde Geriatrie

Achtung: Zum 31.12.2017 enden die Übergangsbestimmungen. Wenn Sie über eine mehrjährige Erfahrung in der Behandlung geriatrischer Patienten verfügen, können Sie nach Ableistung der 40 Stunden Kursweiterbildung und nach Vorlage von 80 dokumentierten Behandlungsfällen die Zulassung zur Prüfung beantragen.

Ab dem 01.01.2018 gilt:

- 12 Monate Weiterbildung unter Aufsicht und Anleitung eines Weiterbildungsbefugten. Die Weiterbildung kann auch berufsbegleitend erfolgen.
- 40 Stunden Kurzweiterbildung „Geriatrie“.
- 40 Stunden Hospitation an einer anerkannten Weiterbildungsstätte für Geriatrie.
- 80 dokumentierte Behandlungsfälle bei Patienten mit mindestens zwei geriatrischen Krankheitsbildern.

Der Erwerb der Fachkunde gestaltet sich ab dem 01.01.2018 also deutlich aufwendiger!

Fortbildung bei Elternzeit, Pflegezeit und Krankheit

Nach der Fortbildungssatzung der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz (§5 Abs. 4) verlängert sich der Fortbildungszeitraum für Ärztinnen und Ärzte, welche ihren Beruf aufgrund von Mutterschutz, Elternzeit, Pflegezeit oder wegen einer länger als drei Monate andauernden Erkrankung nicht ausüben, um diesen Zeitraum entsprechend.

Ärztinnen und Ärzte, welche diese Regelung in Anspruch nehmen möchten, stellen bitte einen formlosen Antrag bei der Bezirksärztekammer Koblenz und fügen diesem einen Nachweis über den Zeitraum der Nichtausübung des ärztlichen Berufes bei. Der Fortbildungszeitraum wird dann entsprechend verlängert und auch die Fortbildungspunkte bleiben für diese Zeit erhalten.

Bei Vertragsärzten, deren angestellten Ärzten sowie Ärzten im MVZ genügt das Einreichen der Bewilligung des Antrages auf Verlängerung des Fünfjahreszeitraums nach § 95d SGB V durch die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz.

Möchten Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten, können Sie den Empfang über Ihren Mitgliederzugang abbestellen. Bitte melden Sie sich dazu mit Hilfe Ihrer persönlichen Zugangsdaten über den Mitgliederzugang bzw. das Fortbildungskonto auf unserer Internetseite www.aerztekammer-koblenz.de an. Anschließend wählen Sie im Hauptmenü unter dem Menüpunkt Stammdaten den Punkt Newsletter aus und klicken dort auf den Button „Newsletter abbestellen“.

Impressum:

Anschrift

Bezirksärztekammer Koblenz
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Emil-Schüller-Straße 45
56068 Koblenz
Telefon: (02 61) 39 001 - 0 (Zentrale)
Telefax: (02 61) 39 001 – 20

newsletter@aerztekammer-koblenz.de

Unsere Aufsichtsbehörde

[Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung](#)
Baedekerstr. 2-10
56073 Koblenz

Rechtliche Hinweise

Alle Eingabetexte wurden sorgfältig geprüft. Eine Garantie für Vollständigkeit, Richtigkeit und letzte Aktualität kann nicht übernommen werden. Gleiches gilt auch für alle weiteren Webseiten, auf die mittels Hyperlink verwiesen wird. Wir betonen ausdrücklich, dass die auf den gelinkten Seiten wiedergegebenen Meinungsäußerungen und/oder Tatsachenbehauptungen in der alleinigen Verantwortung des/der jeweiligen Autors/Autorin liegen und nicht die Meinung der Bezirksärztekammer Koblenz widerspiegeln und dass die Bezirksärztekammer Koblenz keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte dieser Seiten hat. Wir distanzieren uns deshalb ausdrücklich von allen Inhalten der gelinkten Seiten und machen uns diese nicht zu eigen.

Die Bezirksärztekammer Koblenz übernimmt keine Verantwortung für irgendeinen speziellen, indirekten oder direkten Schaden oder irgendeinen anderen Schaden, wie auch immer er aus dem Gebrauch der Daten entstehen sollte.

Vertretungsberechtigt und verantwortlich für die Inhalte

Dr. med. Karlheinz Kurfelß, Vorsitzender der Bezirksärztekammer Koblenz

Ärztliche Hilfe

Bei Ihrem Arzt/Ihrer Ärztin erhalten Sie die notwendige medizinische Behandlung.

Ärztinnen und Ärzte unterliegen der Schweigepflicht und dürfen Informationen nicht gegen Ihren Willen an andere Stellen oder Personen weitergeben.

Sie haben auch die Möglichkeit Ihre Verletzungen dokumentieren zu lassen. Dafür gibt es spezielle Dokumentationsbögen. Diese können Sie oder Ihre Ärztin/Ihr Arzt von der Webseite

www.frauennotruf-koblenz.de/aerzte-aerztinnen herunterladen und ausdrucken.

Die Dokumentation über Ihre Verletzungen können Sie auch nutzen, wenn Sie erst zu einem späteren Zeitpunkt Anzeige erstatten möchten.

Dazu und zu Ihren weiteren Rechten und Möglichkeiten können Sie sich gerne in den Frauenberatungsstellen informieren.



Bezirksärztekammer
Koblenz

Die Bezirksärztekammer Koblenz begleitet und unterstützt diese wichtigen Initiativen.
www.aerztekammer-koblenz.de

Sie haben ein Recht auf Hilfe und Unterstützung, wenn Sie sich bedroht fühlen oder von Gewalt betroffen sind.

Viele Frauen und Mädchen kennen körperliche, sexuelle und seelische Gewalt.

Oft sind die Täter Partner oder Ex-Partner, Freunde, Kollegen, Vorgesetzte oder andere Bekannte.

Wenn Sie selbst Gewalt erleben oder in Ihrer Nähe damit konfrontiert sind, zögern Sie nicht, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Wir, die Mitarbeiterinnen der Koblenzer Frauenberatungsstellen sind für Sie da.

Gemeinsam finden wir Wege aus der Gewalt.

Wir haben Schweigepflicht und unternehmen nichts ohne Ihr Einverständnis oder Ihren Auftrag.

Wege aus der Gewalt



© Birken Mitter - Fotolia.com

Beratung - Information - Schutz

für Frauen und Mädchen
aus Koblenz und Umgebung



Frauennotruf Koblenz

Fach- und Beratungsstelle
für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.



SOZIALDIENST KATHOLISCHER FRAUEN E.V.

SKF



Frauennotruf Koblenz

Fach- und Beratungsstelle
für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.

Wir sind da für alle Frauen und Mädchen ab dem 14. Lebensjahr, die sexuelle Übergriffe erlebt haben oder befürchten.

Wir beraten vertraulich und kostenlos, auf Wunsch auch anonym.

Sie können persönlich mit uns sprechen, uns anrufen oder uns über unsere Onlineberatung schreiben.

Gemeinsam überlegen wir, was Sie brauchen und wie Sie Ihre äußere und innere Sicherheit wiedererlangen können.

Wenn Sie es wünschen, unterstützen wir Sie im Zusammenhang mit einer möglichen Anzeigerstattung und begleiten Sie zu Gerichtsprozessen.

Beratung bedeutet

- erst genommen werden,
- sich verstanden fühlen,
- sich für nichts schämen müssen,
- Hilfe und Rückendeckung bekommen.

Neustadt 19, 56068 Koblenz

02 61 – 35 000

mail@frauennotruf-koblenz.de

www.frauennotruf-koblenz.de



Frauenhaus Koblenz

Das Frauenhaus ist eine Schutzeinrichtung für seelisch, körperlich oder sexuell misshandelte oder von Misshandlung bedrohte Frauen mit und ohne Kinder.

Aufnahme ins Frauenhaus

Sie finden im Frauenhaus mit Ihren Kindern Zuflucht, Schutz und Unterstützung.

Die Aufnahme ist rund um die Uhr möglich. Nationalität, Religion und Einkommen spielen dabei keine Rolle.

Leben im Frauenhaus

Sie leben mit Ihren Kindern selbstverantwortlich in einer Gemeinschaft mit anderen betroffenen Frauen.

Die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses beraten Sie und Ihre Kinder in lebenspraktischen und psychosozialen Fragen. Sie erhalten Unterstützung bei der Entwicklung einer neuen Lebensperspektive.

Die Adresse des Frauenhauses ist anonym. Wenn Sie aufgenommen werden möchten, melden Sie sich bitte telefonisch bei uns.

Postfach 300337, 56068 Koblenz

02 61 – 9 42 10 20

info@frauenhaus-koblenz.de

www.frauenhaus-koblenz.de

Beratungsladen für Frauen

Der Beratungsladen für Frauen hilft kostenfrei und anonym Frauen, die sich in einer Phase der Neuorientierung oder in einer Krisensituation befinden.

Wir unterstützen Sie durch

- Präventive und nachgehende Beratung bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen
- Krisenintervention und langfristige psychosoziale Beratung
- Rechtliche Informationen, z.B. zum Gewaltschutzgesetz, Umgangs- und Sorgerecht etc.
- Allgemeine soziale Beratung zur Sicherung der Existenz, besonders im Hinblick auf Trennungssituationen
- Unterstützung im Umgang mit Ämtern und anderen Institutionen
- Gruppenangebote

Wir begrüßen Sie gerne bei unseren offenen Treffs

Montags 14.30 – 16.30 Uhr

Donnerstags 09.30 – 11.30 Uhr

oder rufen Sie an, um einen Termin zu vereinbaren.

Moselweißer Str. 34a, 56073 Koblenz

0261 – 91 48 94 70

beratungsladen@skf-koblenz.de

www.skf-koblenz.de

- Emailverteiler -

Aktenzeichen:	Auskunft erteilt:	Herr Zimmer	Datum:	27.03.2017
Zimmer-Nr.:	Telefon:	02651/7055550		
Telefax: 02651/7055-120	E-Mail:	Jobcenter@kvmyk.de		

Individuelle Gesundheitsleistungen für Flüchtlinge

Sehr geehrte Damen und Herren,

das SGB II stellt das Existenzminimum für die Menschen in Deutschland sicher; diese Aufgaben werden von den Jobcentern übernommen. Hierzu gehört auch der Krankenversicherungsschutz der SGB II-Leistungsbezieher, der über eine Pflichtversicherung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende geregelt ist. Zwischenzeitlich hat die Gruppe der Flüchtlinge einen immer größer werdenden Anteil an den durch die Jobcenter betreuten SGB II-Leistungsbeziehern.

In den letzten Wochen sprechen vermehrt Flüchtlinge im Jobcenter vor mit der Bitte um Übernahme von Kostenrechnungen für sogenannte individuelle Gesundheitsleistungen – kurz IGeL. Die Leistungspflicht für die dort hinterlegten Leistungen wurde vom Gesetzgeber aus der Krankenversicherung ausgeschlossen, u. a. weil sie über das vom Gesetzgeber definierte Maß einer ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Patientenversorgung hinausgehen (sog. Übermaßbehandlung). Diese Kosten können daher auch nicht vom Jobcenter für die im Leistungsbezug der Grundsicherung für Arbeitssuchende stehenden Personen übernommen werden. Folglich müssen die Betroffenen die Kosten aus ihrem eigenen, ohnehin schon sehr knappen Budget tragen.

In Beratungsgesprächen der Betroffenen wurde mit Hilfe von Dolmetschern festgestellt, dass diesen meist nicht bewusst ist, dass ihnen mit Abschluss des Privatbehandlungsvertrages eigene Kosten entstehen. Insofern würden wir Sie bitten die Ärzteschaft darauf hinzuweisen, dass mit entsprechenden Beratungsangeboten sehr sorgsam umgegangen wird und nur dann entsprechende Verträge abgeschlossen werden, wenn erkennbar ist, dass den betroffenen Personen bewusst ist, dass sie die Kosten selbst tragen müssen.

Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Rolf Koch
Geschäftsführer